

## NACHRICHTEN

**Eklat um Arbeitslosenversicherung**

PARIS: In Frankreich ist es zu einem Eklat um die Reform der Arbeitslosenversicherung gekommen. Die Arbeitgeberverbände und zwei Gewerkschaften kündigten ihre Mitarbeit in der Arbeitslosenversicherung (Unedic) auf. Zuvor hatte die Pariser Linksregierung eine ausgehandelte Reform des Systems für ungültig erklärt. In einer gemeinsamen Erklärung warfen die Arbeitgeberverbände Medef, CGPME und UPA zusammen mit den Gewerkschaften CFTD und CFTC der Regierung Parteinarbeit und Missachtung der Sozialpartner vor. Die Aufkündigung der Mitarbeit gilt als vorläufiger Höhepunkt eines seit Wochen schwelenden Konfliktes um die Neuordnung der französischen Arbeitslosenversicherung. Das Arbeitgeberlager, die linksliberale Gewerkschaft CFTD sowie die christliche CFTC hatten eine Reform ausgehandelt, die einerseits verstärkte Angebote zur Umschulung und Wiedereingliederung Arbeitsloser vorsieht, andererseits aber bei der wiederholten Ablehnung von Angeboten mit der Kürzung der Hilfen bis hin zu Streichung droht. Gegen diese Pläne hatten vor allem die regierenden Sozialisten und Kommunisten zusammen mit den Gewerkschaften CGT und FO Front gemacht.

**Kleine österreichische Beiträge an das IKRK**

SALZBURG: Der Beitrag Österreichs an das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) ist nach Ansicht des Präsidenten des Österreichischen Roten Kreuzes «beschämend». Österreich bezahlt jährlich 2,6, die Schweiz dagegen 90 Millionen Franken. Österreich solle seinen Beitrag erhöhen, verlangte der Präsident des Österreichischen Roten Kreuzes, Fredy Mayer, am Montag in Salzburg bei einem gemeinsamen Pressegespräch mit dem Präsidenten des IKRK, Jakob Kellenberger. Er werde dieses Thema bei bilateralen Gesprächen aufgreifen, sagte Kellenberger.

**UNO-Treffen über indigene Völker in Genf**

GENÈVE: Rund 1000 Vertreter indigener Völker sind am Montag in Genf zum jährlichen UNO-Treffen zusammengekommen. Im Mittelpunkt stehen in diesem Jahr Kinder und Jugendliche. Die UNO-Arbeitsgruppe über indigene Völker besteht seit 1982. Die Vertreter der indigenen Völker vertreten mehr als 300 Millionen Personen in fünf Kontinenten. In diesem Jahr soll die Idee eines ständigen Forum bei der UNO über indigene Völker diskutiert werden. Gleichzeitig wird die Weltkonferenz gegen Rassismus vorbereitet, die im kommenden Jahr in Südafrika stattfinden soll.

**Côte d'Ivoire erhält neue Verfassung**

ABIDJAN: Die Stimmberechtigten des westafrikanischen Staates Côte d'Ivoire (Elfenbeinküste) haben offenbar dem Entwurf für eine neue Verfassung ihres Landes zugestimmt. Ersten vorläufigen Ergebnissen vom Montag zufolge lag die Zustimmung bei über 60 Prozent der Wählerstimmen, erklärten Beobachter. Das Dokument soll dem Land den Weg zurück zu einer Zivilregierung ebnen. Auf der Basis der neuen Verfassung will Militärherrscher Robert Guéi Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im September und Oktober abhalten lassen. Nach einer Reihe organisatorischer Probleme war das Referendum am Sonntagabend um einen Tag verlängert worden. Aus der Wirtschaftsmetropole Abidjan sowie anderen grösseren Städten des grössten Kakaoproduzenten der Welt wurden keine Zwischenfälle gemeldet. Die Übergangsregierung hatte vorsorglich bis zum Dienstag den Ausnahmezustand über das Land verhängt, um die Abstimmung nicht zu gefährden.

**Haider lädt drei Weisen nach Kärnten ein**

KLAGENFURT: Der Kärntner Landeshauptmann Jörg Haider hat am Montag die drei Weisen, die über die Sanktionen der anderen 14 EU-Länder gegen Österreich befinden sollen, nach Kärnten eingeladen. In Schreiben an Martti Ahtisaari, Marcelino Oreja und Jochen Frowein meinte Haider, die drei Weisen sollten sich an Ort und Stelle ein Bild über die politische, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung sowie über das Zusammenleben der Volksgruppen machen.

# Nahost-Gipfel in alles entscheidender Phase

US-Präsident Bill Clinton kehrte nach Camp David zurück

CAMP DAVID: Mit der Rückkehr von US-Präsident Bill Clinton ist der Nahost-Gipfel in Camp David in die entscheidende Phase getreten. Bis zu einer Entscheidung über Erfolg oder Misserfolg wurden Verhandlungen rund um die Uhr vereinbart.

Der Sprecher des US-Aussenministeriums, Richard Boucher, betonte am Montag, dass nicht mehr unbegrenzt weiter verhandelt werden könne. Einem Arafat-Vertrauten zufolge zeichnen sich bei dem Gipfeltreffen keine Fortschritte ab. Er widersprach damit israelischen Medienberichten. Auch ein EU-Gesandter sprach von bedeutenden Fortschritten.

**Intensive Gesprächsrunde**

Clinton traf unmittelbar nach seiner vorzeitigen Rückkehr vom Weltwirtschaftsgipfel der G-8 in Japan mit seiner Verhandlungsdelegation und US-Aussenministerin Madeline Albright zusammen. Sie hatte während Clintons Abwesenheit die Verhandlungen geleitet.

Anschliessend traf Clinton Palästinenser-Präsident Jassir Arafat und den israelischen Präsidenten Ehud Barak zu getrennten Gesprächen. Danach werde Clinton entscheiden,



Begrüssung zwischen Ehud Barak (links) und Bill Clinton (rechts) in Camp David.

(Bild: Keystone)

wie beim Gipfeltreffen weiter zu verfahren sei, sagte der Sprecher des US-Aussenministeriums, Richard Boucher.

Es müsse entschieden werden, wie lange die Gespräche fortgesetzt werden könnten. «Dies ist nicht unbegrenzt.» Ein israelischer Sprecher sagte, nun werde eine intensive Gesprächsrunde rund um die Uhr be-

gonnen, an deren Ende man wisse, wo man stehe.

In verhandlungsnahen Kreisen hiess es, Clinton wolle mindestens noch ein bis zwei Tage verhandeln, bevor er eine Entscheidung treffe. Noch immer werde an einem endgültigen Friedensabkommen gearbeitet, hiess es. Wenn sich aber abzeichne, dass dies nicht erreicht werden könne, sei es auch möglich zu erklären, man habe Fortschritte gemacht. Dann könnten die Verhandlungspartner zur Verschwiegenheit verpflichtet und ein späteres Treffen etwa im August verabredet werden.

**«Keine Anzeichen für Fortschritte»**

Die Verhandlungen hätten eine schwierige Phase erreicht, in der es keine Anzeichen für Fortschritte gebe, sagte der Arafat-Vertraute Tadj Abdel-Rahim in Gaza. «Es gibt bei keinem der verhandelbaren Punkte eine Einigung», sagte Abdel-Rahim, der nach eigenen Angaben in der Nacht zum Montag mit Arafat sprach.

Dies betreffe Jerusalem, die Grenzen eines künftigen Palästinenser-Staates, die Wirtschaft, das Schicksal der palästinensischen Flüchtlinge, Sicherheitsfragen, jüdi-

sche Siedlungen und Wasser. «Keiner dieser Punkte wurde abgeschlossen», sagte er.

Zuvor hatten israelische Medien berichtet, bei allen wichtigen Themen mit Ausnahme des Status von Jerusalem seien die Verhandlungsdelegationen fast einig. Auch der EU-Gesandte Miguel Angel Moratinos sagte im israelischen Armeefunkradio, Israel und die Palästinenser hätten deutliche Fortschritte bei der Annäherung erzielt.

**Hauptstreitpunkt Jerusalem**

Einer der Hauptstreitpunkte bei den Friedensverhandlungen ist der Status von Jerusalem. Die Palästinenser beanspruchen den arabischen Ostteil als Hauptstadt ihres künftigen Staates und verlangen die volle Souveränität darüber. Israel lehnt dies ab und beharrt auf einem ungeteilten Jerusalem als seiner Hauptstadt.

Ministerpräsident Ehud Barak selbst soll nach israelischen Angaben am Freitag einen Kompromissvorschlag der USA angenommen haben, wonach einige arabische Viertel von Ost-Jerusalem unter die «gemeinsame Souveränität» Israels und der Palästinenser gestellt werden sollen.



Bill Clinton soll als Vermittler zwischen Israel und Palästinensern dienen. Hier begrüsst er Jassir Arafat.

(Bild: Keystone)

## Vorzeitige Haftentlassungen

Nordirland: Terrorist Michael Stone frei

BELFAST: Mit der Entlassung eines berüchtigten Ex-Terroristen hat in Nordirland die letzte grosse Welle der vorzeitigen Freisetzung von Häftlingen gemäss dem Friedensabkommen von 1998 begonnen.

Der 44-jährige Michael Stone, der 1989 wegen sechsfachen Mordes zu 684 Jahren Haft verurteilt worden war, verliess das berüchtigte Maze-Gefängnis bei Lisburn, südlich von Belfast, am Montag als freier Mann.

Dem früheren Mitglied der protestantischen Terrorgruppe Ulster Freedom Fighters (UFF) sollen bis Ende der Woche 85 weitere Häftlinge aus dem protestantischen und katholischen Lager folgen. Die 16 restlichen Insassen würden in den kommenden Monaten freikommen, sagte ein Sprecher des britischen Nordirlandministeriums.

Die Entlassungen sind Teil des im April 1998 unterzeichneten Friedensabkommens. Seither wurden nach offiziellen Angaben 342 Häftlinge freigelassen. Von ihnen waren 159 Mitglieder protestantischer Paramilitärs, 153 Anhänger der IRA und anderer katholischer Gruppier-

ungen sowie zehn Mitglieder anderer Gruppen.

Beim Verlassen der Haftanstalt wurde Stone von 50 Anhängern jubelnd begrüsst. Er äusserte nach seiner Freilassung Verständnis dafür, dass seine Entlassung bei einigen Wut hervorrufe. Worte könnten den Schmerz seiner Opfer nicht lindern, aber er werde alles tun, um das Friedensabkommen von 1998 zu unterstützen. Stone hatte unter anderem

den spektakulären Anschlag während der Beerdigung eines Mitglieds der katholischen Untergrundorganisation Irisch-Republikanische Armee (IRA) begangen. Bei dem Attentat im März 1988 wurden drei Menschen getötet, 68 weitere wurden verletzt.

Das Hochsicherheitsgefängnis Maze soll nach der Entlassung der letzten Häftlinge gegen Ende des Jahres geschlossen werden.



Trotz verschiedener Anschläge lässt Nordirland Terroristen frei.

**KUBA****Embargo wird gelockert**

HAVANNA: Kuba hat die vom US-Kongress beschlossene Lockerung des Wirtschaftsembargos als wirkungslos zurückgewiesen. Die Erleichterungen «lösen überhaupt keine Probleme», schrieb die Parteizeitung «Granma». Kuba habe nicht die finanziellen Mittel, um Nahrungsmittel und Medikamente zu kaufen. Die Blockade und der «Wirtschaftskrieg» verhindern, dass sich die Regierung in Havanna die Ressourcen beschaffe, schrieb das Blatt weiter. Insofern seien die Lockerungen nutzlos. Nach fast vier Jahrzehnten Wirtschaftsembargo hatte sich der US-Kongress dafür ausgesprochen, die Strafmassnahmen gegen Kuba zu lockern. Die Beschränkungen für den Export von Nahrungsmitteln und Medikamenten in den kommunistischen Karibikstaat sollten fallen gelassen werden. Ausserdem sollen US-Bürger künftig einfacher nach Kuba reisen können.